

Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

I.

zu berichten,

1. wie sich bei den Regionalisierungsmitteln die Zuweisungen des Bundes und der Mittelabfluss im Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsrechnung) darstellen;
2. wie sich bei den Regionalisierungsmitteln die Zuweisungen des Bundes und der Mittelabfluss im Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsrechnung) darstellen;
3. welcher Betrag dem Land bei unverändertem Regionalisierungsgesetz für das Jahr 2002 zustehen würde;
4. welcher Betrag dem Land nach dem Referentenentwurf des Bundesfinanzministers für das Jahr 2002 zustehen würde;

II.

die dem Land zufließenden Regionalisierungsmittel entsprechend ihrem Zweck zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs und des ÖPNV zeitnah zu verwenden.

31. 01. 2002

Boris Palmer, Dr. Salomon
und Fraktion

Begründung

Die Eilbedürftigkeit des Antrags ergibt sich daraus, dass der in der Presse diskutierte Gesetzentwurf zur Revision des Regionalisierungsgesetzes bisher nicht Gegenstand parlamentarischer Beratungen war und die Bundesregierung bereits Anfang Februar 2002 über den Gesetzentwurf entscheiden will.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 5. Februar 2002 Nr. 32–3890.0/452 nimmt das Ministerium für Umwelt und Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

- I. 1. Wie stellen sich bei den Regionalisierungsmitteln die Zuweisungen des Bundes und der Mittelabfluss im Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsrechnung) dar?*
- I. 2. Wie stellen sich bei den Regionalisierungsmitteln die Zuweisungen des Bundes und der Mittelabfluss im Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsrechnung) dar?*

Zu I. 1. und 2.:

Regionalisierungsmittel im Landeshaushalt	Haushaltsjahr 2000	Haushaltsjahr 2001
Mittelzufluss	721,8 Mio. € (1.411,7 Mio. DM)	729,0 Mio. € (1.425,0 Mio. DM)
Mittelabfluss	623,0 Mio. € (1.218,4 Mio. DM)	648,0 Mio. € (1.267,3 Mio. DM)

Die Rubrik „Mittelzufluss“ enthält keine Haushaltsreste aus dem jeweiligen Vorjahr. Die Zuweisungen des Bundes erfolgen auf der Basis der Steuerschätzung im November des Vorjahres und enthalten Nach- bzw. Rückzahlungen auf Grund der Schlussabrechnung für das jeweilige Vorjahr. So betrug beispielsweise der Jahresbetrag 2000 nach der Schlussabrechnung 703,3 Mio. € (1.376,0 Mio. DM).

Das Haushaltsjahr 2001 ist derzeit noch nicht endgültig abgerechnet. Nach Abschluss der Abrechnung wird sich bei den Regionalisierungsmitteln zum Jahresende 2001 vsl. ein gesamter Ausgabenrest von etwas über 200 Mio. € (400 Mio. DM) ergeben. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass vom Bundesministerium der Finanzen bei der Jahresabrechnung für das Jahr 2001 gegenüber dem Land Baden-Württemberg eine Überzahlung von 39,8 Mio. € (77,9 Mio. DM) geltend gemacht wurde, die mit der Abschlagzahlung für den Monat Februar 2002 verrechnet werden soll.

- I. 3. Welcher Betrag würde dem Land bei unverändertem Regionalisierungsgesetz für das Jahr 2002 zustehen?*
- I. 4. Welcher Betrag würde dem Land nach dem Referentenentwurf des Bundesfinanzministers für das Jahr 2002 zustehen?*

Zu I. 3. und 4.:

Anspruch des Landes Baden-Württemberg auf Regionalisierungsmittel für 2002:
Nach unverändertem Regionalisierungsgesetz 724,2 Mio. €(1.416,4 Mio. DM)
Nach Referentenentwurf des BMVBW 692,8 Mio. €(1.355,0 Mio. DM)

Bei der Berechnung der Ansprüche nach dem unveränderten Regionalisierungsgesetz wurde unterstellt, dass

- die Dynamisierungsregelung in § 5 Abs. 2 Satz 1 des Regionalisierungsgesetzes keine Absenkung gegenüber dem Vorjahr erlaubt und die Endabrechnung des Bundesministeriums der Finanzen über die Regionalisierungsmittel für das Jahr 2001 daher zu korrigieren ist,
- der Betrag für das Jahr 2002 entsprechend dem in der Steuerschätzung vom November 2001 erwarteten Wachstum der Steuern vom Umsatz gegenüber dem korrigierten Vorjahresergebnis um rund + 2,7 % dynamisiert wird.

Die Berechnung für den am 10. Januar 2002 den Ländern übersandten Referentenentwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) beruht hingegen auf dem unveränderten Ergebnis der Endabrechnung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2001, wie es mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 23. Januar 2002 den Ländern mitgeteilt wurde.

II. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen, die dem Land zufließenden Regionalisierungsmittel entsprechend ihrem Zweck zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs und des ÖPNV zeitnah zu verwenden.

Zu II.:

Die Landesregierung wird die Regionalisierungsmittel auch in Zukunft entsprechend ihrer Zweckbindung und im Rahmen einer vernünftigen Finanzplanung einsetzen, die auf bestehende Finanzierungsrisiken Bedacht nimmt. Die seit 1998 bestehende Ungewissheit über die gesetzgeberische Umsetzung der Revision nach § 6 des Regionalisierungsgesetzes, aber auch nicht vorhersehbare Verzögerungen bei einer Reihe von Vorhaben hatten in den vergangenen Jahren zu starker Zurückhaltung bei der Verplanung der Regionalisierungsmittel gezwungen. Die Landesregierung geht davon aus, dass mit der nun anstehenden Änderung des Regionalisierungsgesetzes ein deutliches Mehr an Planungssicherheit erzielt und damit auch ein verantwortungsbewusster Einsatz der Regionalisierungsmittel deutlich erleichtert wird.

In Vertretung
Mappus
Staatssekretär